

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 2, 2023

1. Niedersachsen

1.1. Hannover: Gedenkveranstaltung für Erdbebenopfer

Auf Einladung von Ministerpräsident Stephan Weil trafen sich in Hannover einige Hundert Menschen zu einem öffentlichen Gedenken der Opfer des Erdbebens in der Türkei und Syrien.

„Ich will zum Ausdruck bringen, dass wir in Niedersachsen gemeinsam trauern. Dass uns bewusst ist, dass Menschen aus der Türkei, aus Syrien wichtige Teile unserer Gesellschaft sind. Und dass wir mit ihnen leiden“, sagte Weil. Die türkische Generalkonsulin Gül Özge Kaya bedankte sich für die große Hilfsbereitschaft. Sie werde auch in Zukunft nötig sein, denn der Wiederaufbau der Region werde viele Jahre dauern. Auch Hannovers Oberbürgermeister Belit Onay appellierte an die Versammlung, das Beben nicht zu vergessen, wie es zum Teil bereits zu beobachten sei. Man dürfe jetzt nicht zur Tagesordnung übergehen. Auch sei die Frage zu diskutieren, wie es sein könne, dass in einem Erdbebengebiet neue Gebäude wie Kartenhäuser eingestürzt seien.

Zum Abschluss des Gedenkens sprachen sechs Repräsentanten und eine Repräsentantin der vom Beben besonders betroffenen Religionsgemeinschaften Gebete (Imam Adnan İltuș, DITIB-Niedersachsen; Imam Mohammed Ali Hasan Husein, Schura Niedersachsen; Erzbischof Hanna Aydin, Syrisch-orthodoxe Kirche; Kantor Andrej Sitnov, Jüdische Gemeinde Hannover; Sheikh Scherwan Serement, Landesverband der Eziden; Regionalbischöfin Petra Bahr, Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers; Komm. Regionaldechant Wolfgang Semmet, Bistum Hildesheim). Dem schweren Erdbeben am 6. Februar fielen mehr als 50.000 Menschen zum Opfer ([mehr](#)).

1.2. Was sonst noch war

– Schura Niedersachsen und Unternehmerverband MÜSIAD rufen zu Spenden für Türkei und Syrien auf ([mehr](#))

– EKD-Ratsvorsitzende Kurschus ruft zu Hilfe für Erdbeben-Opfer auf ([mehr](#))

– Gesellschaft für bedrohte Völker: Türkei instrumentalisiert Erdbeben „für weitere Unterdrückung und Assimilation“ ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Neuer Vorstand im DITIB-Bundesverband

Die Mitgliederversammlung des DITIB-Bundesverbands hat einen neuen Vorstand gewählt. Ihm gehören an: die Theologen Muharrem Kuzey, Eyüp Kalyon und Muhammed Şahin, die Diplom-Psychologin Emine Seçmez und die Vorsitzenden der DITIB-Verbände Baden-Württemberg, Köln und Düsseldorf Erdinç Altuntaş, Adem Onur und Kenan Kiraz. Zum Vorsitzenden ernannte der Vorstand Muharrem Kuzey, Eyüp Kalyon ist neuer Generalsekretär, Muhammed Şahin stellvertretender Generalsekretär.

Der neue Vorsitzende sagte nach seiner Wahl: „In schwierigen Zeit sind wir ins Amt gewählt worden. Zutiefst bedrückt uns alle das verheerende Erdbeben in der Türkei und Syrien. Neben der Bergung und Erstversorgung in der Region geht es bald in die Phase des Neuaufbaus. Auch da werden wir nach allen Kräften helfen.“

DITIB leiste wichtige Beiträge für den gesellschaftlichen Frieden und für die Teilhabe der Muslime, so Kuzey weiter. „Diese Beiträge werden bedauerlicherweise nicht selten torpediert, negiert, ins Gegenteil verkehrt oder übersehen.“ Gegenseitige Solidarität, Inklusion und Respekt müssten „dauerhaft Teil unserer Leitkultur werden.“ DITIB wolle „auch hier ihren Beitrag leisten und ihre Verantwortung als Religionsgemeinschaft ins Zentrum ihrer Tätigkeiten stellen.“

Ziel sei es weiterhin, „die Anerkennung als Religionsgemeinschaft und später als Körperschaft des öffentlichen Rechts voranzubringen.“ In diesem Prozess werde DITIB weiterhin „die Zusammenarbeit mit dem Staat und den anderen Islamischen, aber auch nichtmuslimischen Religionsgemeinschaften in Deutschland suchen und weiter stärken.“

Schließlich gelte: DITIB „ist und bleibt [...] der stärkste und wichtigste Garant für eine quellen- und vernunftorientierte Auslegung und authentische Ausübung des Islam im Sinne der Gesamtheit der Muslime.“ Auf „unsere Geschichte und Entwicklungen, auf unsere immer weiter wachsenden religiösen und sozialen Dienstleistungen“ schaue man voller Stolz. „Und gleichzeitig sehen wir noch viel Potential, das wir weiter entwickeln werden“ ([mehr](#)).

Muharrem Kuzey ist 2017 an der Universität Tübingen mit einer Arbeit über die „Konstruktion religiöser Identität durch Verketzerung (takfır) am Beispiel des osmanischen Şayḫ al-islām Ibn Kemal (gest. 940/1534)“ promoviert worden. Er war zuvor Vorsitzender des religiösen Beirats der „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (D.I.T.I.B.) Köln e.V.“ und Religionsattaché des türkischen Staates.

Insider kritisierten, die Wahl Kuzeys sei ebenso sehr durch das türkische Religionsministerium bestimmt worden wie die Wahl seiner Vorgänger. Laut Satzung der DITIB sucht der aus Beamten der türkischen Religionsbehörde Diyanet bestehende Beirat die zur Wahl stehenden Personen im Vorfeld aus. Darüber hinaus haben türkische Beamte bei der Wahl ein größeres Stimmgewicht als die Mitgliedsgemeinden der DITIB in Deutschland. Auf diese Weise halte der türkische Staat die Zügel fest in der Hand, sagte der Journalist Eren Güvercin der Frankfurter Rundschau. „Die Art und Weise, wie der DITIB-Bundesvorstand bestimmt wird, zeigt uns in erster Linie, wie sehr Ankara und die Funktionäre der eigenen Basis und den eigenen Gemeinden misstrauen“ ([mehr](#)).

Kuzeys Vorgänger Kazim Türkmén hatte sein Amt im August 2022 überraschend und zunächst ohne öffentliche Erklärung niedergelegt. Nach einer Anfrage der Zeitung „Welt“ hatte der Verband erklärt, Türkméns Amtszeit sei im August beendet gewesen. Darüber hinaus habe er „seinen beiden schulpflichtigen Grundschulkindern den Einstieg ins neue Schuljahr pünktlich zum 1.9.“ ermöglichen wollen. Er sei bis zur Wahl eines neuen Vorstands jedoch „weiterhin in seinem Ehrenamt als DITIB-Bundesvorsitzender tätig“ ([mehr](#)).

2.2. Abu Dhabi eröffnet Zentrum aus Synagoge, Kirche und Moschee

In Abu Dhabi ist ein interreligiöses Zentrum für Juden, Christen und Muslime eingeweiht worden. Das „Abrahamic Family House“ umfasst eine Moschee, eine Synagoge und eine Kirche sowie gemeinsam zu nutzende Konferenzräume. Angestoßen wurde das Projekt durch die Unterzeichnung des „Dokuments über die Brüderlichkeit aller Menschen“ durch Papst Franziskus und den Großimam der Kairoer Al-Azhar-Universität, Ahmad al-Tayyeb, 2019 in Abu Dhabi ([mehr](#)).

Der Präsident der Vereinigten Arabischen Emirate, Scheich Mohammed bin Sajid al-Nahjan, nannte bei der Einweihungszeremonie gegenseitigen Respekt, Verständnis und Diversität eine Kraft für gemeinsamen Fortschritt. Die Emirate blickten auf eine stolze Geschichte der Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlicher Herkunft. 2020 hatten die Vereinigten Arabischen Emirate einen Friedensvertrag mit Israel geschlossen.

Der Leiter der Vatikanbehörde für interreligiösen Dialog, Kardinal Miguel Angel Ayuso, sagte, das Projekt sei „ein konkretes Beispiel, wie Menschen aus unterschiedlichen Religionen, Kulturen, Traditionen und Glaubensrichtungen zum Wesentlichen zurückkehren: Nächstenliebe“.

Entworfen wurde der Komplex des „Hauses der abrahamitischen Familie“ von dem britischen Architekten Sir David Adjaye. Die drei kubischen Sakralbauten mit 30 Meter Kantenlänge zeigen eine verwandte Formensprache, tragen aber den architektonischen Merkmalen und kultischen Erfordernissen der jeweiligen Religion Rechnung. Das Zentrum liegt in Abu Dhabis neuem Kultur-Viertel Sa'adiyat Island. Zu den Attraktionen der Insel gehören daneben der „Louvre Abu Dhabi“ und das noch im Bau befindliche Guggenheim Museum ([mehr](#)).

2.3. Leipziger Buchmesse schließt islamisches Zentrum Hamburg aus; Verbot gefordert

Das Islamische Zentrum Hamburg darf nicht auf der Leipziger Buchmesse 2023 ausstellen. „Das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) ist gemäß des Hamburger Verfassungsschutzes eng mit dem iranischen Regime verbunden und unterstützt dessen menschenrechtsverletzendes Vorgehen. Aus diesem Grund haben wir heute die Anmeldung des IZH zur Leipziger Buchmesse abgelehnt“, teilten die Organisatoren mit. Die Messe stehe für Freiheit und Menschenrechte und trete für Frauenrechte ein: „Diese Haltung unterstreichen wir mit unseren Veranstaltungen.“

Kulturstaatsministerin Claudia Roth begrüßte die Entscheidung. „Eine Organisation, die offenkundig eng mit dem verbrecherischen Mullah-Regime im Iran verbunden ist, hat auf der Leipziger Buchmesse nichts verloren“ ([mehr](#)). Die innenpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Lamya Kaddor, sagte der Süddeutschen Zeitung, in Deutschland existierten eine Reihe islamischer Zentren und Organisationen, mit deren Hilfe der Iran versuche, Einfluss auf hier lebende Schiiten zu nehmen. Betroffene berichteten über Einschüchterungsversuche und Drangsalierungen. „Nach unserem Wissensstand liegen diese Erkenntnisse den zuständigen Behörden vor.“ Damit sollten die Voraussetzungen für eine Schließung des IZH gegeben sein. „Wir erwarten von Bundesinnenministerin Nancy Faeser, dass das zeitnah erfolgt“ ([mehr](#)).

2.4. Verfahren gegen Bremer Pastor wegen Volksverhetzung geht weiter

Das Verfahren gegen den Bremer Pastor Olaf Latzel wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung muss neu aufgerollt werden. Das Oberlandesgericht (OLG) der Hansestadt gab der Revision der Staatsanwaltschaft gegen den Freispruch Latzels statt. Das Urteil sei lückenhaft, kritisierte der Vorsitzende Richter Klaus-Dieter Schromeck. Mit der Entscheidung geht das Verfahren zurück an das Landgericht und muss dort von einer anderen Berufungskammer neu aufgenommen werden (Az. 1Ss48/22).

Der heute 55 Jahre alte Seelsorger der evangelikalen Bremer St.-Martini-Gemeinde hatte sich in einer „biblischen Fahrschule zur Ehe“ im Oktober 2019 abfällig über Gender und Homosexuelle geäußert. Das Bremer Amtsgericht wertete das als Volksverhetzung und verurteilte ihn im November 2020

zu einer Geldstrafe in Höhe von 90 Tagessätzen zu je 90 Euro. Das Landgericht hingegen sprach den evangelischen Theologen im Mai 2022 in einem Berufungsverfahren frei. Es sah seine Worte von der Religions- und Meinungsfreiheit gedeckt.

In der Verhandlung vor dem OLG kritisierte der Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft, Florian Maaß, der Freispruch sei nicht ausreichend begründet, weil das Eheseminar im Urteil nicht vollständig wiedergegeben sei. Zum Verständnis dessen, was Latzel gesagt habe, müssten Gedankengänge und Überleitungen nachvollziehbar sein. Das sei nur lückenhaft möglich.

Die Richter des OLG schlossen sich dieser Einschätzung an. Die Feststellungen des Landgerichts trügen den Freispruch nicht. Der Kontext der Äußerungen Latzels sei in der Begründung der Kammer manchmal nur zusammenfassend, manchmal gar nicht mitgeteilt. Richter Schromeck ergänzte mit Blick auf die Grundrechte, dass die Menschenwürde die Religionsfreiheit beschränke. Natürlich könne man sich kritisch zur Homosexualität äußern, dann aber komme es auf Form und Wortwahl an.

Latzel ist seit Dezember 2007 Pastor der Bremischen Evangelischen Kirche, die aufgrund seiner Äußerungen im Oktober 2019 ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet hat, das zurzeit ruht. Sobald ein rechtskräftiges Urteil feststehe, werde es wieder aufgenommen, sagte eine Kirchensprecherin ([mehr](#)).

2.5. Österreich: Neue „Österreichische Islamkonferenz“ will Dialog fördern

In Österreich hat das „Muslimische Forum Österreich“ (MFÖ) eine „Österreichische Islamkonferenz“ gegründet.

Die Plattform werde den Dialog mit Politik, Medien, Kirchen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft suchen, kündigte der islamische Theologe Mouhanad Khorchide bei einer Pressekonferenz in Wien an. Ziel sei es, die „weltoffene Seite“ des Islam stärker zu betonen. Die aus EU-Mitteln finanzierte Konferenz sei zunächst auf zwei Jahre angelegt. Vorbild sei die Deutsche Islamkonferenz. Allerdings hätten in Österreich Muslime selbst die Initiative ergriffen. Khorchide betonte, die Plattform werde auf Unabhängigkeit achten und wolle sich nicht politisch vereinnahmen lassen. Den Anspruch, mit der Konferenz die Muslime in Österreich insgesamt zu vertreten, erhebe man nicht. Das Gespräch mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ) strebe man an.

Die IGGÖ kritisierte, sie sei als zentraler Akteur „nicht miteinbezogen oder gar vorab informiert“ worden. Die Legitimation der neuen Konferenz sei daher fraglich. Darüber hinaus halte man den Vergleich mit dem deutschen Modell für nicht angebracht. Anders als in Österreich gebe es in Deutschland keine zentrale und staatlich anerkannte islamische Religionsgemeinschaft. Offenbar werde versucht, eine „Parallelstruktur“ zu schaffen. Khorchide wies die Kritik zurück. Die IGGÖ-Spitze sei informiert und zur Mitwirkung eingeladen worden ([mehr](#)).

3. Veranstaltungen

Bibel und Koran – ein synoptisches Textbuch für die Praxis

ReLiteratur – Bücher im Haus der Religionen

25. April 2023, 19–20.30 Uhr, Haus der Religionen, Hannover

Gast: Wolfgang Reinbold; Interview: Sören Rekel-Bludau ([mehr](#)).

4. Video

4.1. Türkischer Wahlkampf in deutschen Moscheen

Religionen im Gespräch

Gast: Eren Güvercin, Berlin

Moderation: Wolfgang Reinbold, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

4.2. Verschieden unter einem Dach – Das Haus der Religionen in Hannover

ZDF Forum am Freitag

Moderation: Abdul-Ahmad Rashid ([mehr](#)).

Hannover, den 6.3.2023

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.